

Pressemitteilung

Osnabrück, 13.11.2018

Eigentum verpflichtet – der skandalösen Preispolitik der Vonovia entgegenzutreten!

Zur Situation auf dem Wohnungsmarkt und den Presseberichten über skandalöse Mietsteigerungen durch den Immobilienkonzern Vonovia äußert sich die Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Stadt Osnabrück Giesela Brandes-Steggewentz:

„Es ist ein Skandal! Die Probleme auf dem Wohnungsmarkt sind bekannt: die Mieten steigen, immer mehr sozialgebundene Wohnungen fallen aus der Bindung, kurzum bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware. Und Nutznießer dieser Situation ist einmal mehr der Immobilienkonzern Vonovia.

Wenn Menschen aus ihren Wohnungen ganz bewusst verdrängt werden ist das ein Skandal erster Güte! Hier zeigt sich das Geschäftsmodell der Immobilienkonzerne: Aufkauf ganzer Quartiere, billige Modernisierungen der Wohnungen um Gründe für Mieterhöhungen zu schaffen.

Es wird deutlich, wie skrupellos Vonovia agiert. Es geht nur um die fette Rendite, für bezahlbare Wohnungen werden diese Konzerne niemals sorgen!

Wenn mittlerweile im Schinkel von Vonovia bis zu 10 Euro Nettokaltmiete aufgerufen werden, wenn in der Dodesheide nach billigen Modernisierungen Mietsteigerungen von fast 50 % gefordert werden, dann ist das Maß voll!

Der Verkauf der städtischen Wohnungsgesellschaft im Jahr 2002 war ein fundamentaler Fehler. Es ist jetzt an der Zeit, dass CDU und FDP das anerkennen und der Neugründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft nicht weiter im Weg stehen.

Auch die Kolleg*innen der UWG/Piraten und vom BOB–die sich in ihrem Wahlprogramm seinerzeit übrigens für die „Neugründung einer Wohnungsbaugesellschaft“ ausgesprochen haben–fordern wir zum Umdenken in der Wohnungspolitik auf.

Wir können die Menschen in dieser Situation aber nicht alleine lassen. Als Kommune werden wir geradezu genötigt aktiv zu werden und im Zweifel die Zahlung der Kosten der Unterkunft zu erhöhen. Das höhlt unsere Kassen vor Ort aus. Es sollte aber mal ganz grundsätzlich über das Geschäftsmodell von Vonovia debattiert werden. Es kann nicht angehen, dass die öffentlichen Haushalte die Renditen der Immobilieninvestoren*innen finanzieren. Das Verhalten und die Geschäftspraxis Vonovias stehen in krasssem Gegensatz zum Wohle der Allgemeinheit. Es sollte auf Bundes- und Landesebene mal darüber nachgedacht werden, ob nicht eine Enteignung zu Gunsten der Kommunen bzw. der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften angebracht wäre.“